

**Fraktion im Rat
der Stadt Göttingen**

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de

8.3.2010

Pressemitteilung

FDP lenkt von eigener Abschiebungsverantwortung ab

„Herr Thielbörger versucht zu vernebeln, dass die angebliche Menschenrechtspartei FDP zur aktuellen Abschiebungsdebatte nichts beizutragen hat als zynische Begründungen der eigenen Tatenlosigkeit, peinliches Schweigen und politische Ablenkungsmanöver.“ So kommentiert der integrationspolitische Sprecher der Ratsfraktion der GRÜNEN, Mehmet Tugcu die aktuelle Pressemitteilung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Thielbörger.

Thielbörger hatte Tugcu anlässlich seiner Rede im Rat zu den bevorstehenden Abschiebungen in das Kosovo (s. Anhang) in einem Atemzug mangelnde Distanz zum Kreishaus-Anschlag und zum linksradikalen Spektrum vorgeworfen. „Im Gegensatz zur Polizei weiß die FDP offenbar schon sehr genau, wer für den Anschlag im Kreishaus verantwortlich ist“, wundert sich Tugcu. Thielbörger hatte in seiner PM Formulierungen gewählt, die nahelegen, der Täter stamme aus dem linksradikalen Spektrum. „Genau diese Art politisch motivierter Vorverurteilung ist es, die ich im Rat kritisiert habe“, so Tugcu. „Ich wehre mich gegen eine Debatte in der nur Spekulationen in Richtung des linksradikalen Lagers erlaubt sind und sofort „Skandal“ geschrien wird sobald andere Möglichkeiten auch erwogen werden.“

Tugcu fordert die Ratsfraktion der FDP auf, von Vorverurteilungen abzusehen, die Ermittlungen der Polizei zu überlassen und stattdessen über ihre FDP-Parteikollegen im Niedersächsischen Landtag auf Innenminister Schünemann Einfluss zu nehmen, um endlich ein Ende der Abschiebungen zu erreichen. Über Ratsmitglied Ben Schröter, den persönlichen Mitarbeiter von MdB Lutz Knopek in Berlin, verfügt die Fraktion nach eigenem Bekunden zudem über einen kurzen Draht zur CDU/FDP Bundesregierung. "Herr Schröter, wenn Ihre Kontakte so gut sind, wie sie selbst immer bekunden: Wann bringen Sie Herrn Knopek endlich dazu, gegen die drohenden Abschiebungen öffentlich Stellung zu beziehen?"

Kontakt:

Mehmet Tugcu, integrationspolitischer Sprecher der Fraktion, Tel.: 0176-22239949

Anlage: Text der Rede von Mehmet Tugcu im Wortlaut. Die umstrittene Passage ist rot markiert.

Rede von Mehmet Tugcu zu TOP 7 der Ratsstizung am 5.3.2010:

„Keine Abschiebungen in das Kosovo“

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Oberbürgermeister, liebe Ratsmitglieder,

der integrationspolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Mehmet Tugcu und der Vorsitzende des Göttinger Integrationsrates, Mehmet Tugcu haben sich vor dieser Sitzung eingehend beraten und waren sich sehr schnell einig, dass beide diesem Antrag mit kleinen Änderungen zustimmen können. Fordert dieser Antrag im Grunde doch nichts anderes als auch ich hier im Rat immer wieder gefordert habe: Die Abschiebungen aus Deutschland müssen beendet werden. Dies gilt auch für die derzeit in Göttingen in besonders großer Zahl der von Abschiebung bedrohten Roma.

Warum sowohl der Integrationsrat als auch meine Fraktion die Abschiebungen strikt ablehnen habe ich hier bereits mehrfach erörtert. Eine Wiederholung der Argumente möchte ich Ihnen ersparen. Wer dazu mehr wissen möchte, dem empfehle ich ohnehin das Schreiben des zuständigen EU-Kommissars für Menschenrechte an Bundeskanzlerin Merkel vom 25.11.2009. Der Antragstext formuliert – zumindest in der von uns leicht geänderten Fassung - ganz zutreffend: Dieser Brief des EU Kommissars ist beschämend! Wer ihn liest und auch nur ein wenig Sinn für die Wahrung der Menschenrechte und Menschenwürde empfindet, kann danach nicht mehr ernsthaft die Abschiebungen in die Republik Kosovo fordern.

Etwas unglücklich bin ich allerdings noch mit dem zweiten Absatz des vorliegenden Antrags, den ich gerne wie folgt umformulieren würde:

*„Der Rat lehnt das rigore Vorgehen, **das sich derzeit insbesondere gegen Roma richtet**, ab und wird sich ernsthaft in seinen Gremien damit beschäftigen, wie die grausamen Abschiebungen **mit politischen Mitteln** verhindert werden können.*

Zumindest die zweite Änderung ist aus meiner Sicht unverzichtbar. Ich bin sehr damit einverstanden, dass wir hier im Rat darüber diskutieren sollten, wie wir Abschiebungen zukünftig verhindern können, keine Frage. Würden wir aber auf die Ergänzung „mit politischen Mitteln“ verzichten, würden wir offenlassen, ob wir gegebenenfalls die Abschiebungen auch durch Gewalt verhindern wollen. Ich zumindest will das nicht!

Wir wissen alle, dass wir diese Diskussion vor dem Hintergrund einer ganz anderen Debatte führen bei der es um einen vermeintlichen Anschlag in der Teeküche der Ausländerbehörde im Kreishaus ging. So weit mir der Stand der Ermittlungen bekannt ist, würde jegliche Schuldzuweisung derzeit einer Vorverurteilung gleichkommen. Wir wissen bis heute nicht, was dort explodiert ist und ob diese Explosion mutwillig herbeigeführt wurde oder auf einen technischen Fehler zurückgeht. Wir wissen ebenso wenig ob es sich wirklich um einen Anschlag gehandelt hat und wer dafür gegebenenfalls verantwortlich ist. Wir wissen nicht ob jemand aus ganz privaten Beweggründen gehandelt hat, ob es jemand aus der linken Szene war, oder vielleicht doch jemand aus der rechten Szene, der den Linken etwas in die Schuhe schieben wollte. Und ich möchte vorsichtig anmerken, dass es auch schon ähnliche Vorfälle gegeben hat, bei denen der Staat selber nachgeholfen hat. Das alles ist Spekulation. Unabhängig davon, was dort vorgefallen ist, sollten wir hier keinen Zweifel aufkom-

men lassen, dass Gewalt gegen Menschen keine Aktionsform ist, die unsere Unterstützung findet. Und genau deshalb möchte ich zur Konkretisierung dieses Antrags beitragen indem ich vorschlage, im Antragstext die Worte „mit politischen Mitteln“ zu ergänzen.

So unterstützenswert ich diesen Antrag finde, so sehr habe ich mich über die Begründung geärgert. Sie erklärt dem unbedarften Leser die Verantwortung für die Abschiebungen läge vor allem bei der Stadtverwaltung. Die Begründung ist formuliert als gäbe es die menschenverachtenden Gesetze, die seit Jahren von CDU und FDP beschlossen und verschärft werden, nur in der Phantasie des für die Ausländerbehörde zuständigen Dezernenten, Ludwig Hecke, der zufälligerweise meiner Partei angehört. Wer so argumentiert verwechselt Haupt- und Nebenschauplatz! Und ich sage das nicht nur aus Loyalität zu meiner Partei.

Ich bin mit der Göttinger Linken sehr wohl Meinung, dass die Verwaltung alle ihre Spielräume zu Gunsten der Betroffenen ausnutzen und konsequent auf eine liberale-re der gesetzlichen Vorgaben drängen sollte. Dieses Bemühen kann ich zwar erkennen, aber als Vorsitzender des Integrationsrates muss ich leider auch sagen: Wirklich zufrieden bin ich damit noch nicht! Das gebe ich hier offen zu. Es gibt weiterhin Einzelfallentscheidungen die aus meiner Sicht anders hätten getroffen werden können und in Richtung Hannover und Berlin würde ich mir von der Verwaltung oft deutlich klarere Worte wünschen.

Trotzdem: Wer sich in dieser Diskussion auf die Umsetzung der Gesetze konzentriert läuft Gefahr, den Hauptgrund für die anrollende Abschiebungswelle aus den Augen zu verlieren: Wir kämpfen heute gegen hunderte von Abschiebungen in die Republik Kosovo - nicht weil hier in Göttingen im Regelfall Ermessensspielräume inhuman zu Lasten der Betroffenen ausgelegt werden, sondern vor allem weil die Regierungsparteien von CDU und FDP in Bund und Land seit Jahren menschenunwürdige Gesetze, Verordnungen und Erlasse auf den Weg bringen, an denen auch die Stadtverwaltung nichts ändern kann. Ludwig Hecke glaube ich übrigens aufs Wort, dass er sich eine liberalere Gesetzgebung wünschen würde.

Ich kann nur betonen: Selbst wenn wir in Göttingen alle SachbearbeiterInnen davon überzeugen könnten, alle Ermessensspielräume in jedem Einzelfall zu Gunsten der Betroffenen auszunutzen, würde dadurch die Zahl der Abschiebungen nicht wesentlich sinken. Wir tun den Betroffenen keinen Gefallen, wenn wir nur über umstrittene Einzelfallentscheidungen der Ausländerbehörde diskutieren und dabei vergessen, unseren Focus auf die Autoren der Gesetzgebung zu richten. Die wirklich Verantwortlichen sitzen nicht in Göttingen. Sie sitzen in Berlin und Hannover. Bis vor Kurzem hieß der Hardliner in Berlin Otto Schilly, heute ist es Bundesinnenminister Thomas de Maiziére, in Niedersachsen Innenminister Uwe Schönemann. Aus meiner Sicht sind sie die richtigen Adressaten für unseren Protest!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Ende der Rede)